



Wirtschaft fordert die Europa GmbH

Wirtschaft fordert die Europa GmbH

Die deutsche Wirtschaft lehnt den Vorschlag der EU-Kommission für eine Societas Unius Personae ab.
Der BDI, die BDA sowie der DIHK sprachen sich in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die, von der EU-Kommission geplante, Rechtsform SUP aus. Da es sich bei SUP um keine einheitliche, supranationale Rechtsform handelt, sei sie sowohl für Gründer als auch international tätige Unternehmen wenig interessant.
Die Wirtschaftsverbände bedauerten zudem, dass es keine Umsetzung des Vorschlags für eine Europäische Privatgesellschaft (SPE), eine "Europa GmbH", geben wird. Diese hätte vor allem für kleine und mittlere Unternehmen erhebliche finanzielle und logistische Einsparungen bei Aktivitäten innerhalb der EU bedeutet.

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Breite Straße 29/Haus der Deutschen Wirtschaft
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/2028-0
URL: [www.bdi.eu](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=572256)

Pressekontakt

BDI

10178 Berlin

bdi.eu

Firmenkontakt

BDI

10178 Berlin

bdi.eu

Der BDI ist der Spitzenverband der deutschen Industrie. Seine Mitglieder sind 35 industrielle Branchenverbände, von A wie Automobil- bis Z wie Zuckerindustrie. Der BDI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der Industrie gegenüber Parlament und Regierung, politischen Parteien, wichtigen gesellschaftlichen Gruppen sowie gegenüber der Europäischen Union und engagiert sich in vielen internationalen Organisationen, z.B. in dem europäischen Dachverband UNICE. Gemeinsam mit der BDA und dem DIHT hat der BDI seinen Sitz im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Von hier aus setzen wir uns für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland ein. Der BDI ist Dienstleister seiner Mitgliedsverbände und der in ihnen zusammengeschlossenen Unternehmen. Er ist ihr Sprachrohr und unterstützt sie in dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie um Standorte und Arbeitsplätze zu sichern.